Japan

Bürger fürchten Überwachung durch Chipkarte

[07.08.2002] In Japan soll jeder Bürger mit einer elfstelligen Nummer versehen und mit seinen persönlichen Daten in einem Zentralrechner erfasst werden. Der Widerstand gegen die Online-Registrierung in der Bevölkerung ist enorm.

In Japan sollen auf Grundlage eines Gesetzes, das jetzt in Kraft getreten ist, über das "Juki Net" genannte Computernetz fundamentale Personendaten wie Name, Geburtsdatum, Geschlecht und Adresse landesweit von Beamten abrufbar sein. Dies berichtet die Süddeutsche Zeitung. Mit der neuen Online-Datenbank sollen Meldebescheinigungen, die im bürokratischen Japan selbst beim Autokauf oder dem Anmieten einer Wohnung verlangt werden, einfacher ausgestellt werden können. Die Lokalbehörden hoffen, künftig statt 85 nur noch 60 Millionen Bescheinigungen jährlich ausdrucken zu müssen. Mittels Chipkarte sollen die Japaner i mKrankenhaus ihre Daten vorlegen oder an einem Automaten einen neuen Pass beantragen können. Die Karte mit dem Nummerncode soll aber auch bei Alttagsgeschäften - wie in der Stadtbücherei oder der Straßenbahn - benutzt werden. Oppositionsparteien und Bürger laufen allerdings Sturm gegen die neue Regelung. Sie befürchten, der Staat könne zukünftig bequem Aufenthaltsort und Konsumverhalten der Bürger nachvollziehen.

()

Stichwörter: IT-Sicherheit, Japan, Datenschutz